

Republik Moldau: EU-Assoziierung im Schatten der Ukraine-Krise

Klemens Büscher

Die Ukraine-Krise hat in Moldaus Hauptstadt Chişinău große Sorgen ausgelöst und die starke Verwundbarkeit des eigenen Landes in den Fokus gerückt. Weder russischer Druck noch innenpolitische Widerstände konnten jedoch die EU-Assoziierung Moldaus verhindern. Schlüsselfaktoren für die weitere Entwicklung sind die Position der Kommunistischen Partei sowie die Lage im benachbarten Odessa.

Am 27. Juni 2014 wurde beim Europäischen Rat in Brüssel das im November 2013 paraphierte Assoziierungsabkommen der Europäischen Union mit der Republik Moldau unterzeichnet. Aus Sicht der moldauischen Regierung ist dies ein Erfolg von historischer Dimension, mit dem die weitere Entwicklung des Landes in Richtung einer EU-Integration vorgezeichnet wird. Bereits kurz zuvor konnte die von Ministerpräsident Iurie Leancă geführte Koalitionsregierung aus Liberaldemokratischer Partei (PLDM), Demokratischer Partei (PDM) und Liberaler Reformpartei (PLR) einen wichtigen Erfolg verbuchen, als die EU für Staatsbürger Moldaus mit biometrischem Reisepass die Visumpflicht für den Schengenraum aufhob.

Die Ukraine-Krise hat den Abschluss des Assoziierungsabkommens zwar beschleunigt, war jedoch nicht der Auslöser. Vielmehr hat die 2009 angetretene proeuropäische Regierungskoalition beachtliche Reformfortschritte erzielt, zu denen neben

der EU-Annäherung auch die durchweg konstruktive Zusammenarbeit mit UN-Agenturen und dem Europarat zu zählen sind. In der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Bildungs- und Sozialpolitik, der Verwaltungsmodernisierung und beim Schutz der Menschenrechte kann das Land ambitionierte Reformansätze vorweisen. Dessen ungeachtet bestehen weiterhin große Defizite, etwa bei der Umsetzung von Gesetzen, der Korruptionsbekämpfung und im Bereich der Rechtsstaatlichkeit.

Zunehmender Druck aus Russland

Die russische Regierung hat zuletzt ihre Ablehnung des proeuropäischen Kurses Moldaus immer deutlicher zum Ausdruck gebracht und mehrfach negative Konsequenzen für das moldauisch-russische Verhältnis angedroht. Bereits im Vorfeld der Paraphierung des Abkommens gab es von russischer Seite Warnungen unter Hin-

weis auf russische Energielieferungen und die bis zu 400 000 moldauischen Arbeitsmigranten in Russland, von denen etwa die Hälfte russisches Aufenthaltsrecht verletzen. Im Herbst 2013 stoppte Russland alle Weinimporte aus der Republik Moldau; der russische Markt macht allerdings nur noch 30 Prozent des moldauischen Weinexports aus. Parallel dazu haben russische Medien eine zunehmend aggressive, gegen die EU gerichtete Kampagne lanciert. Im Ergebnis blieb der russische Druck jedoch erfolglos: Anders als in der Ukraine 2013 hat die moldauische Führung, die nur über eine knappe parlamentarische Mehrheit verfügt (53 von 101 Sitzen), an dem EU-Kurs konsequent festgehalten. Für die rasche Ratifizierung des Assoziierungsabkommens votierten am 2. Juli 59 Abgeordnete des moldauischen Parlaments. Am selben Tag verhängte Russland ein Importverbot für moldauische Fleischprodukte.

Nach der russischen Annexion der Krim sind die Befürchtungen Chişinăus allerdings gestiegen: Käme es in der Ukraine zu einer landesweiten Eskalation, wäre auch Moldau betroffen, sei es durch Übergreifen der Kämpfe oder durch Flüchtlingsströme. Zudem zeigt die Ukraine-Krise, dass Russland ohne Zögern geltende internationale Abkommen und völkerrechtliche Grundprinzipien zu missachten bereit ist, um seine Interessen durchzusetzen. Daher könnte Moskau versuchen, auch in Moldau mit wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Mitteln eine massive Destabilisierung herbeizuführen, um den proeuropäischen Kurs Chişinăus zu stoppen.

Diese Entwicklungen haben die Verwundbarkeit der wirtschaftlich schwachen Republik Moldau erneut in den Fokus gerückt: Energiepolitisch ist das Land stark von Russland abhängig. In einigen Sektoren (Landwirtschaft, Lebensmittel, Textilien und chemische Erzeugnisse) besteht eine hohe Abhängigkeit vom russischen Markt, wengleich der Anteil Russlands am moldauischen Außenhandel in den letzten Jahren auf 30 Prozent zurückgegangen ist (EU: 50%). Der Separatismuskonflikt um die

international nicht anerkannte und unter starkem Einfluss Moskaus stehende »Transnistrische Moldaurepublik« (TMR) ist ungelöst. Die Zahl der russischen Staatsbürger unter den circa 550 000 Einwohnern der TMR wird auf 200 000 geschätzt. Auch die gesamte Führungselite der TMR gehört wohl dazu. Der andere Separatismuskonflikt im Süden des Landes, der ebenfalls Anfang der 1990er Jahre zu schwelen begann, wurde 1994 mit der Einrichtung der Territorialautonomie Gagausien (155 000 Einwohner, die überwiegend der turkstämmigen christlichen Minderheit der Gagausen angehören) zwar beruhigt, doch sorgen unklare Kompetenzregelungen für Spannungen zwischen dem weitgehend russischsprachigen Autonomiegebiet und Chişinău.

Innenpolitische Widerstände gegen die EU-Annäherung

Während der Regierungszeit der Partei der Kommunisten der Republik Moldau (PCRM, derzeit größte Oppositionspartei mit 34 Parlamentssitzen) von 2001 bis 2009 unterstützten die Moldauer eine europäische Integration mit großer Mehrheit. Seit dem Amtsantritt der proeuropäischen Koalition ist die Zustimmung zu diesem Ziel schrittweise auf gut 40 Prozent zurückgegangen. Die Gründe dafür sind vielfältig. Nach Jahren proeuropäischer Rhetorik ist eine gewisse EU-Müdigkeit zu verspüren. Für die breite Masse der Bevölkerung haben sich die Lebensverhältnisse bisher nicht spürbar verbessert. Viele sind enttäuscht über kaum erkennbare Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung wie auch über Konflikte und Zerwürfnisse innerhalb der Koalition. Auch die antieuropäischen Medienkampagnen aus Russland haben Wirkung gezeigt. Schließlich setzten sich auch in der von den Kommunisten geführten Opposition immer stärker antieuropäische Tendenzen durch.

Im Ergebnis dieser Prozesse hat sich die moldauische Gesellschaft in der Frage der außenpolitischen Orientierung stark polarisiert. Die Befürworter einer EU-Integration einerseits und die eines Beitritts zur Zoll-

union von Russland, Belarus und Kasachstan andererseits halten sich aktuellen Umfragen zufolge die Waage. Letztere sind besonders stark vertreten unter den nationalen Minderheiten, in der Landbevölkerung und unter Personen mit niedrigem Bildungsgrad und geringem sozialen Status. Generell hat diese Polarisierung, anders als etwa in der Ukraine, kein eindeutig territoriales Profil, mit Ausnahme von Gebieten mit Siedlungsschwerpunkten nationaler Minderheiten. Neben Gagausien sind dies Taraclia und Basarabeasca im Süden und die Stadt Bălți und ihr Umland sowie ukrainisch geprägte Ortschaften im Norden des Landes; in diesen Gebieten dominiert der Wunsch nach einer starken Anlehnung an Russland.

Der Protest gegen die EU-Assoziierung manifestierte sich bisher besonders in Gagausien. Gegen den Widerstand Chișinău führte die Region am 2. Februar 2014 ein verfassungswidriges konsultatives Referendum durch, bei dem sich fast alle Teilnehmer gegen die EU-Integration und für einen Beitritt zur Zollunion aussprachen. Zudem bekräftigten sie in einer weiteren Frage des Referendums das Recht Gagausiens auf Sezession für den Fall, dass die Republik Moldau ihre staatliche Unabhängigkeit verliert (etwa durch eine Vereinigung mit Rumänien); dieses Recht genießt die Region ohnehin gemäß dem geltenden Autonomiestatut von 1994. Insofern diente die illegale Abstimmung weniger als reale Sezessionsdrohung als zur Stärkung der Verhandlungsposition Gagausiens gegenüber der Regierung.

Das gagausische Referendum und andere Initiativen der antieuropäischen Opposition wurden von Russland unverhohlen unterstützt. Als sich jedoch am 16. April 2014 das transnistrische Parlament zum wiederholten Mal an Russland wandte mit der Bitte um Anerkennung der TMR, geschah dies vermutlich ohne vorherige Abstimmung mit Moskau: Eine endgültige Abspaltung Transnistriens würde Russlands Einfluss in der Republik Moldau schmälern und liegt derzeit nicht im russischen Inter-

esse. Sie wird im Übrigen auch von den Minderheiten im Hauptteil Moldaus mehrheitlich abgelehnt. Moskau hat stattdessen am 2. Juli die faktische Annäherung der Region an Russland dadurch weiter vorangetrieben, dass sechs Ministerien und Behörden der TMR den jeweiligen Moskauer Pendanten teilweise unterstellt wurden.

Innenpolitischer Schlüsselfaktor: die Positionierung der PCRM

Die bislang marginale prorussische Partei der Sozialisten (PSRM) will auf lokaler Ebene weitere (verfassungswidrige) Referenden zum EU- bzw. Zollunionsbeitritt durchführen lassen. Dass diese Versuche bisher gescheitert sind, lag sowohl am Widerstand der Koalition als auch an der abwartenden Position der PCRM, die das gagausische Referendum noch unterstützt hatte. Die nach wie vor vom früheren Präsidenten Vladimir Voronin geführte stärkste Partei des Landes plädierte unter dem Einfluss ihres prorussischen Flügels ab 2010 vehement für eine stärkere Anlehnung an Russland, vollzog im Frühjahr 2014 jedoch einen Schwenk: In offiziellen Statements übte die PCRM zwar scharfe Kritik am Assoziierungsabkommen, schloss eine Mitwirkung Moldaus am europäischen Integrationsprozess jedoch nicht aus. Voronin erklärte, im Fall eines Wahlsiegs das Abkommen nicht annullieren zu wollen; zur Zollunion macht er seitdem widersprüchliche Aussagen. Führende Protagonisten der prorussischen Linie wurden auf einem Parteitag Anfang Juni 2014 entmachtet.

Verantwortlich für die Kursänderung ist zum einen der Wirtschaftsflügel der PCRM, der am Handel mit Europa und an einer Kooperation mit dem wichtigsten Oligarchen des Landes und *de facto*-Führer der DPM, Vladimir Plahotniuc, interessiert ist. Zum anderen kamen Voronin selbst angesichts der Ukraine-Krise, der zunehmenden Polarisierung und drohenden Destabilisierung der Gesellschaft vermutlich Zweifel an der prorussischen Ausrichtung seiner Partei. Während seiner Amtszeit als Präsident hat

er dem moldauischem Patriotismus stets eine höhere Priorität zugemessen als der Anlehnung an Russland. Hinzu kommt, dass die Umfragewerte der PCRM nach der russischen Krim-Annexion erstmals seit langem unter denen der Regierungsparteien lagen, während gleichzeitig das Ansehen der Regierung stieg.

Wenn sich dieser Kurswechsel verfestigt, bedeutet dies eine doppelte Enttäuschung für Moskau: Ohne die Unterstützung der PCRM ist eine massive Destabilisierung des Landes allein mit innenpolitischen Kräften kaum möglich. Zudem wäre selbst im Falle eines Machtwechsels nach den für den 30. November 2014 geplanten Parlamentswahlen nicht mit einem Abbruch des EU-Assoziierungsprozesses und einer Anlehnung Moldaus an Russland zu rechnen.

Außenpolitischer Schlüsselfaktor: die Lage im Gebiet Odessa

Die vom russischen Präsidenten unter dem Schlagwort »Novorossia« angedeutete Abspaltung der süd- und ostukrainischen Gebiete vom ukrainischen Staat würde, sofern sie das Gebiet Odessa umfasst, eine russisch kontrollierte Landverbindung zur TMR schaffen. Dies würde Moskau die Option eröffnen, mit Hilfe der in der TMR stationierten Truppen (ca. 1500 Soldaten) oder bewaffneter Formationen der TMR (10 000–15 000 Personen) eine Destabilisierung Moldaus von außen herbeizuführen. Denkbar wären Szenarien, nach denen Transnistrien angeblich bedrohten russischsprachigen Gebieten wie Gagausien, Taraclia und Bălți »zu Hilfe kommt«. Anschließend könnten in einem »Kompromiss« eine Föderalisierung Moldaus erzwungen und durch Vetorechte der Regionen die weitere Annäherung des Landes an die EU auf Dauer blockiert werden.

Bleiben hingegen die Südukraine und insbesondere Odessa unter der Kontrolle einer konsequent prowestlichen Ukraine, wäre es die TMR, deren Verwundbarkeit offen zutage treten würde. Die ukrainische Führung könnte auf russische Aggressionen

in der Ukraine oder in Moldau mit einer gezielten Schwächung des TMR-Regimes antworten, etwa indem sie den Luftraum für russische Militärflugzeuge schließt, Entscheidungsträgern der TMR die Einreise verwehrt und die Handels-, Telekommunikations- oder Verkehrsverbindungen selektiv stört. Bei einer solchen Konstellation wäre eine Destabilisierung Moldaus von außen weniger wahrscheinlich. Zugleich wäre eine stärkere und konsequentere Mitwirkung der Ukraine bei den Bemühungen zur Regelung des Transnistrienkonflikts zu erwarten.

Ausblick

Die innen- und außenpolitischen Bedrohungen der Republik Moldau im Vorfeld der kommenden Parlamentswahlen dürfen nicht unterschätzt werden. Aus EU-Sicht kommt es in den nächsten Monaten besonders darauf an, dem Land politisch und wirtschaftlich zur Seite zu stehen, auch mit Hilfe eines Krisenfonds für den Fall russischer Sanktionen. Darüber hinaus wäre es ratsam, nicht nur mit Moskau intensiv im Gespräch zu bleiben, sondern auch den moldauischen EU-Gegnern die Chancen der Assoziierung näherzubringen. Eine aktivere, an der Lebenswirklichkeit der Menschen orientierte Öffentlichkeitsarbeit – gerade auch in den russischsprachigen Medien des Landes – kann dazu beitragen, antieuropäische Stereotype aufzubrechen.

Wenn sich der proeuropäische Kurs auch nach den Wahlen fortsetzt, eröffnet der EU-Assoziierungsprozess langfristig reale Perspektiven für eine Modernisierung Moldaus. Im Hinblick auf das in Aussicht genommene Freihandelsabkommen sind jedoch intensive Gespräche erforderlich mit dem Ziel, dass auch die TMR daran teilhaben kann. Die Chancen, den Transnistrienkonflikt beizulegen, werden langfristig größer sein, wenn sich die Attraktivität Moldaus im Zuge der Assoziierungsfortschritte erhöht und die EU-Politik mit Anreizen und Konditionalität operiert, als wenn allein auf die seit Jahren stagnierenden offiziellen Verhandlungen im Format »5+2« gesetzt wird.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2014
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364